

Verniedlichung



Helge Matthiesen, zur Vorlage des Gutachtens über Missbrauch in Köln

Das Kölner Erzbistum hat gestern vor Presse und Kameras eine Schmierentragödie aufgeführt. Die Vorlage des Gutachtens setzt die Reihe der Ungeheuerlichkeiten nur fort. Pflichtverletzungen haben die Anwälte gesucht. Der Auftraggeber des Gutachtens, Kardinal Woelki, bekommt pauschal einen Freispruch, obwohl er einige Jahre engster Mitarbeiter des Erzbischofs Meisner war, der da schwer belastet wird. Klingt wenig plausibel.

Da bietet Weihbischof Schwaderlapp seinen Rücktritt an und will wie sein Chef über Monate nicht mitbekommen haben, um was da gerade mit dem Erzbistum gestritten wird? Soviel Ignoranz auf solch herausgehobenen Posten ist schmerzhaft. Seit Wochen übrigens war Beobachtern klar, dass Schwaderlapp das Gutachten kaum überstehen würde. Er selbst hätte längst reinen Tisch machen müssen. Seine Entschuldigungen klingen nach Heuchelei.

Da wäre auch noch der Hamburger Erzbischof Heße, der über Monate so tat, als wisse er von nichts oder nur wenig, und den man offenbar mit massiver Drohung dazu bringen musste, sich der Sache überhaupt zu stellen. Wenn Klerikern ihr moralischer Kompass derart abhanden kommt, dann müssen sie gehen.

Und auch Woelki selbst ist keineswegs entlastet. Er ist als Aufklärer, der er gerne sein möchte, gänzlich ungeeignet. Das hat er jetzt mehrfach und über Monate bewiesen. Warum er sich hier derart inszeniert, ist nur mit Realitätsverlust zu erklären. Er hat durch sein Verhalten allen Kirchen in Deutschland massiv geschadet. Auch ihm geht es offenbar darum, seine Position zu wahren, nicht um Wahrheit und Verantwortung.

Die katholische Kirche in Deutschland ist mit der Aufklärung und Ahndung der Missbrauchsfälle völlig überfordert. Einzelne Geistliche haben ihre Position schamlos missbraucht, um pädophile Straftäter zu schützen. In dem Zusammenhang von Pflichtverletzungen zu reden, klingt nach Verniedlichung. Erzbischof Woelki und seine Kirche treten als Aufklärer und Angeklagte in eigener Sache auf. Das muss aufhören.

Diese Kirche wird zu einem erheblichen Teil aus Steuergeldern finanziert. Die Politik hat sich bisher aus all diesen Verwicklungen herausgehalten. Das kann so nicht bleiben. Die Konsequenz wäre, einmal intensiv über die staatsrechtliche Verankerung dieser Kirche zu diskutieren. Sie wird offenkundig weder ihren eigenen Ansprüchen noch gesetzlichen Regeln gerecht.